

**An das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, die Europäische
Kommission sowie die Parlamente und Regierungen der EU-Mitgliedstaaten
gerichtete Erklärung**

**Auswirkungen des Europäischen Semesters und anderer jüngster
Entwicklungen in der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU auf die Obersten
Rechnungskontrollbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und
den Europäischen Rechnungshof**

1. Der Kontaktausschuss der Präsidenten der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) traf am 13. und 14. Oktober 2011 in Luxemburg zusammen. Während der Sitzung wurde u. a. erörtert, wie sich das Europäische Semester und andere jüngste Entwicklungen in der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU auf die ORKB der EU und den EuRH auswirken werden. Dabei wurden auch die Regulierung und Überwachung von Finanzsystemen und Finanzinstitutionen, staatliche Beihilfen an den Finanzsektor und die Prüfung der Mechanismen zur Bewältigung der Eurokrise behandelt.

2. Der Kontaktausschuss vertritt die Ansicht, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die enge Verflechtung der EU-Wirtschaftssysteme - sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums - deutlich gemacht hat und die gemeinsamen Interessen und Prioritäten, welche über die nationale Dimension hinausgehen, hervortreten lassen. Als Reaktion auf die Krise wurde auf EU-Ebene eine Reihe von Maßnahmen ins Leben gerufen, u. a. Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Wirtschaftswachstums, neue Verfahren zur Förderung der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung, neue Rechtsvorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung, Änderungen bei der Finanzaufsicht und die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten, die Hilfe benötigen.

Angemessene öffentliche Finanzkontrolle

3. Der Kontaktausschuss betont, dass die neuen Regelungen und Instrumente, die auf nationaler, EU- und zwischenstaatlicher Ebene (insbesondere unter den Ländern des Euroraums) eingerichtet wurden, beträchtliche Auswirkungen auf die Verwendung öffentlicher Finanzmittel haben könnten, einschließlich eines erhöhten Risikos von Lücken in der Rechenschaftspflicht und der öffentlichen Finanzkontrolle.

4. Der Kontaktausschuss ist überzeugt, dass immer dann, wenn es um den Einsatz öffentlicher Mittel geht, die folgenden Grundsätze (zur Förderung einer verantwortungsvollen Führung und der Sicherung der Vermögenswerte) beachtet werden sollten:

- ausreichende **Transparenz** in Form zuverlässiger und zeitnaher Informationen (einschließlich nationaler Statistiken) über den laufenden oder geplanten Einsatz öffentlicher Mittel sowie die damit verbundenen Risiken;

- angemessene **Rechenschaftspflicht**, wobei eine öffentliche Überprüfung der Maßnahmen stattfindet und die Entscheidungsträger und die für die Verwaltung der Verfahren Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden;
- angemessene **öffentliche Finanzkontrolle**, um hinsichtlich der Verwendung öffentlicher Finanzmittel und der damit verbundenen Risiken Sicherheit zu bieten und Informationen zu liefern, um so zur Transparenz beizutragen und eine Grundlage für die Rechenschaftspflicht zu schaffen.

5. Der Kontaktausschuss betont die Wichtigkeit einer wirksamen Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle. Die neuen Regelungen und Instrumente sind für die ORKB der EU und den EuRH mit neuen Zuständigkeiten, Chancen und Herausforderungen verbunden, was sie dazu veranlassen wird - so weit wie möglich und im Rahmen ihres jeweiligen Auftrags -, Überlegungen zur Anpassung ihrer Prüfungsarbeit an die neuen Rahmenbedingungen anzustellen. In einigen Fällen hat dieser Prozess bereits begonnen, indem neue und aktualisierte Prüfungsaufgaben eingeführt wurden.

6. Der Kontaktausschuss erkennt den Ruf der ORKB des Euroraums nach angemessenen Regelungen für eine öffentliche externe Finanzkontrolle des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Einklang mit den internationalen Prüfungsgrundsätzen an. Diesbezüglich nahm der Kontaktausschuss eine Entschließung an.

Weiterer Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den ORKB der EU und dem EuRH

7. Der Kontaktausschuss betont, wie wichtig und nützlich es ist, voneinander zu lernen. Die zunehmende Verflechtung der Wirtschaftssysteme in der EU macht den Wert einer gemeinsamen Betrachtungsweise, die durch enge Zusammenarbeit gewonnen werden kann, nachdrücklich deutlich. Dies kann folgende Maßnahmen umfassen:

- gemeinsames **Lernen** aus den jüngsten Prüfungsergebnissen und ihren Auswirkungen als Weg zur Sammlung und zum Austausch von Wissen;
- Ermittlung und Verbreitung aktueller **vorbildlicher Verfahren** bei der Prüfung neuer (und bestehender) Regelungen;
- Ermittlung von **Lücken in der öffentlichen Finanzkontrolle** und möglicher **neuer Prüfungsaufgaben sowie neuer Partnerschaften** und Erwägung, wie in diesem Zusammenhang am besten vorgegangen werden sollte;
- Überlegungen zur Entwicklung besonderer **Prüfungsmethoden** und -techniken für die ORKB sowie von Instrumenten und Orientierungshilfen für ihre Anwendung.

8. Zur Entwicklung dieser Maßnahmen wird der Kontaktausschuss seine vorhandenen **Netzwerke** für Prüfungen in den Bereichen Strategie "Europa 2020" und Finanzpolitik nutzen, **parallele oder koordinierte Prüfungen** durchführen und entsprechende sonstige **Kooperationstätigkeiten** einleiten.

Luxemburg, den 14. Oktober 2011